

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

17.08.2020 / KW 33

„Profil“, 16.08.2020

„Das geht Sie einen feuchten ... an“

Anwälte, die einem Ministerialbeamten Hilfe bei der Glücksspielreform anbieten, ein diskretes Mail aus der FPÖ an einen Casinos-Vorstand, ein möglicher Deal in Wien und ein Aufsichtsratsjob für den Mann einer Kanzler-Beraterin. Chat-Protokolle und E-Mails zeigen, wie in Österreich Gesetze gemacht und Posten vergeben werden.



JOHANN GUDENUS
782 Nachrichten zu den
Themen Glücksspiel
und Ibiza-Video.

VON CHRISTINA HIPTMAYR UND STEFAN MELICHAR

Rund 800 sogenannte Ordnungsnummern umfasst er bereits, der Ermittlungsakt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Causa Casinos. Manche dieser Aktenteile sind mehrere Hundert Seiten stark. Ein Ende des Papierzuwachses ist allerdings nicht in Sicht: Immer noch werden Handychats, E-Mails und andere Dokumente ausgewertet. Immer noch werden Berichte verfasst, Zeugen einvernommen und Anordnungen erteilt.

Die brennende Frage, der die Ermittler seit einer anonymen Anzeige im Mai 2019 mit großer Vehemenz nachgehen: Gab es einen illegalen Deal zwischen damaligen FPÖ-Politikern und dem Glücksspielkonzern Novomatic? Grundvorwurf ist, dass Novomatic im Gegenzug für bestimmte Gefälligkeiten eine wohlwollende Unterstützung in Bezug auf Regulierungsfragen im Glücksspielbereich zugesagt worden wäre – bis hin zu einer heiß begehrten Online-Glücksspiellizenz. Ermittelt wird unter anderem wegen des Verdachts der Bestechung und der Bestechlichkeit.

Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe vehement. Völlig unabhängig davon, was am Ende des Tages strafrechtlich herauskommen wird: Dieser Verfahrensakt hat das Zeug dazu, ein Stück Zeitgeschichte zu werden. Die zahlreichen Funde der Staatsanwälte zeigen, wie es in dieser Republik hinter den Kulissen mitunter zugeht, wenn politische Posten besetzt und heikle Gesetze auf den Weg gebracht werden. Am 21. Juli 2020 ist ein neues Aktenstück hinzugekommen – ein Amtsvermerk über eine Datenauswertung. Der Inhalt des 49-seitigen Papiers, das profil vorliegt: augenöffnend.

Die Kontakte des Automaten-Jägers

Der Vorgang mag per se nicht anstößig sein. Im Lobbying-Kontext ist er freilich höchst bemerkenswert: Am 15. Jänner 2019 erhielt ein Mitarbeiter im Finanzministerium, der dort für die Vorbereitung neuer Vorhaben im Bereich des Glücksspielgesetzes zuständig ist, ein E-Mail einer Anwaltskanzlei. Nicht irgendeiner Kanzlei wohlgemerkt, sondern der Anwaltsfirma B&S, an der der frühere Justizminister Dieter Böhmdorfer beteiligt ist. Im E-Mail bezog man sich auf ein am selben Tag geführtes Telefonat und schrieb: „Wie aus den Medien bekannt ist, erarbeiten Sie derzeit einen Gesetzesentwurf für eine Novelle im Glücksspielgesetz. Gerne würden wir Sie dabei im Namen unserer Mandantin – soweit zulässig – unterstützen.“

Die erwähnte Mandantin war eine Omnia Online Medien GmbH. Und an diesem Punkt wurden die Ermittler offenbar hellhörig. Hinter der Omnia steht nämlich ein gewisser Gert Schmidt. Dieser sollte später breitere Aufmerksamkeit erlangen, da er auf seiner Website „eu-infothek“ intensiv über die Hintermänner des Ibiza-Videos berichtete. Im Glücksspielbereich war er jedoch schon lange vorher ein Begriff, da er beziehungsweise seine Firmen illegale Anbieter ausforschen lässt und Anzeigen erstattet. Entsprechend äußerte sich auch die Kanzlei B&S in ihrem E-Mail an den Referenten im Finanzministerium: „Wir haben von unserer Mandantin den Auftrag erhalten, insbesondere das illegale Glücksspiel im Online Bereich auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen.“

Das klingt nach einem noblen Anliegen. Die WKStA hält im Amtsvermerk jedoch noch etwas ganz anderes fest. Darin heißt es nämlich: „Schmidt hat augenscheinlich eine Nahebeziehung zur Novomatic AG, die auf Grundlage der vorliegenden Informationen seine Aktivitäten im Glücksspielbereich in einem wohl nicht unerheblichen Ausmaß finanzieren dürfte. Es erscheint lebensnah, dass Schmidt aus diesem Grund die Interessen der Novomatic AG fördert oder diese vertritt.“ Die Ermittler verweisen auf eine Aussage Schmidts in einem Zivilprozess, wo er demnach angab, er habe über „gute Kontakte zu Herrn Graf (Anm.: damit soll wohl Novomatic-Eigentümer Johann Graf gemeint gewesen sein)“ verfügt. Zur Finanzierung seiner Internet-Plattform gegen illegales Glücksspiel verwies Schmidt darauf, von Novomatic Kostenersatz für gewisse Leistun-

gen, etwa „Fremdkosten wie Rechtsanwaltskosten oder Detektivkosten“ zu erhalten.

Dass eine Anwaltskanzlei im Auftrag einer Firma Schmidts bezüglich einer laufenden Glücksspiel-Novelle im Finanzministerium vorstellig wird, wobei Schmidt offenbar eine Nahebeziehung zu Novomatic hat, wirft heikle Fragen auf. Dies umso mehr, als die Ermittler auch auf E-Mails und Chatnachrichten zwischen Schmidt und dem damaligen FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus gestoßen sind. Gegen Letzteren wird in der Causa Casinos ermittelt.

Die aufgefundenen Nachrichten beginnen am 8. Mai 2019 – etwa eineinhalb Wochen vor der Veröffentlichung des Ibiza-Videos. Insgesamt stieß die WKStA auf 782 Chat-Nachrichten zwischen Schmidt und Gudenus. Zum inhaltlichen Verlauf schreiben die Ermittler: „Bis zur Veröffentlichung des ‚Ibiza-Videos‘ bezog sich die Konversation ausschließlich auf das Thema Glücksspiel.“ Danach sei es um das Video und die Ausforschung der Hintermänner gegangen, was „nur mehr gelegentlich von glücksspielrelevanten Nachrichten unterbrochen“ worden sei. Noch am 17. Mai übermittelte Schmidt an

Gudenus übrigens eine „Novo-Stellungnahme zu Spiegel-Gift-Video“. In der Folge gab er ihm Tipps PR-technischer, aber auch rechtlicher Natur. Etwa: „eine wesentliche Entlastung wäre die Enthüllung der wahren Täter: die einzige Straftat, welche ersichtlich ist, ist die verbotene Video- und Ton-Aufnahme“ oder „und jetzt anzeigen und klagen“. Einmal verwies Schmidt auf „Schender/Böhmendorfer (Anm.: Rüdiger Schender ist Kanzleipartner Böhmendorfers) – Meine Freunde!“ Gudenus antwortete: „Meine auch :)“

Zuvor hatte Schmidt auch sogenannte – von B&S erstellte – Positionspapiere und weiterführende Anregungen an Gudenus übermittelt. Einer dieser Vorschläge, der wohl durchaus im Sinne der Novomatic gewesen wäre: drei aktuell nicht vergebene Casino-Lizenzen neu auszuschreiben „ergänzt durch jeweils eine an diese Konzession gebundene neue Online Konzession“.

Schmidt bestreitet auf profil-Anfrage, ein Lobbyist des Glücksspielkonzerns zu sein. Sämtliche Tätigkeiten geschähen „ohne jeden Einfluss der Novomatic“. Der Anwalt des Glücksspielkonzerns, Peter Zöchbauer, wiederum verweist darauf, dass die Novomatic rechtlich gegen Anbieter von illegalem Glücksspiel vorgehe. „Dazu bedient sich meine Mandantin externer Berater, nämlich unterschiedlicher Rechtsanwaltskanzleien sowie auch einem Unternehmen von Prof. Gert Schmidt“. Darüber hinaus gebe es keine Kooperation.

Die Kanzlei B&S weist in Bezug auf ihre Tätigkeit für Schmidt eine Involvierung von Novomatic zurück: „Unser Mandant war ausschließlich die Omnia Online Medien GmbH.“ Man habe ausschließlich von

Von: B&S Böhmendorfer Schender Rechtsanwälte GmbH <[REDACTED]>
Gesendet: Dienstag, 15. Jänner 2019 09:52
An: post [REDACTED]@bmf.gv.at
Betreff: Omnia Online Medien GmbH, unser AZ [REDACTED]

Sehr geehrter Herr Mag. [REDACTED]

wie heute telefonisch besprochen vertritt unsere Kanzlei die Omnia Online Medien GmbH, welche mit Ihrer Seite Spieler-Info.at das illegale Glücksspiel in Österreich bekämpft.

Wir haben von unserer Mandantin den Auftrag erhalten, insbesondere das illegale Glücksspiel im Online Bereich auf verschiedenen Ebenen zu bekämpfen.

Wie aus den Medien bekannt ist, erarbeiten Sie derzeit einen Gesetzesentwurf für eine Novelle im Glücksspielgesetz. Gerne würden wir Sie dabei im Namen unserer Mandantin - soweit zulässig - unterstützen.

Zu diesem Zweck bitten wir um:

- Übermittlung offiziell zugänglicher Materialien
- Mitteilung wann das Gesetz in Begutachtung gehen soll.

Für allfällige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne jederzeit (auch telefonisch) zur Verfügung!

Dem E-Mail von SCHMIDT an Mag. GUDENUS vom 9. Mai 2019 ist eine Beilage angeschlossen, die mit „**Glücksspiel in Österreich – Ordnungspolitische Maßnahmen / Anregungen/ Möglichkeiten Stand 25. Oktober 2018**“ betitelt ist.

In der Beilage werden zahlreiche Änderungen im Glücksspielrecht angesprochen, darunter jene aus dem „Positionspapier zu Sportwettterminals“, aber auch weitere, wie - insbesondere hier von Relevanz - die „Neuausschreibung der bereits einmal erfolgten Lizenzvergabe von drei Vollcasinos in Österreich, ergänzt durch jeweils eine an diese Konzession gebundene neue Online Konzession“ und (im Effekt) ein IP-Blocking.

dieser Anweisungen erhalten und angenommen. Auch die Rechnungslegung sei stets an diese Gesellschaft erfolgt. Dass die Omnia „im Zuge einer medial bereits bekannten beabsichtigten Glücksspielgesetz-novelle Hinweise und Vorschläge zur Stärkung von Spielerschutz und Bekämpfung des illegalen Glücksspiels dem zuständigen Fachressort ... anbietet, ist weder ungewöhnlich noch überraschend.“ Es sei aber nie zu einer Einbindung gekommen. Erwähnt sei, dass B&S in der Causa Casinos im Frühjahr 2020 die anwaltliche Vertretung eines beschuldigten Novomatic-Managers übernommen hat, bei dem die Ermittler laut Hausdurchsuchungsbericht „handschriftliche Notizen über die Beschaffung von Casinolizenzen“ sichergestellt haben.

Von Johann Gudenus wollte profil unter anderem wissen, wie er mit Schmidt zum Thema Glücksspiel in Kontakt gekommen sei. Seine schriftliche Antwort: „Das geht Sie eigentlich einen feuchten ... an, aber eines verrate ich Ihnen: über Tinder sicher nicht.“ Und auch nicht über die Vermittlung von Novomatic. Das Thema Glücksspiel habe ihn nur am Rande interessiert. Bis er am 18. Mai 2019 aus allen Ämtern zurückgetreten sei, habe er Schmidt zehn Tage lang gekannt und nicht die Möglichkeit gehabt, die zur Ver-

FAKSIMILE
An einer Reform des Glücksspielrechts bestand reges Interesse.

fügung gestellten Unterlagen zu studieren. Er habe sich nichts vorzuwerfen, alle Vorwürfe würden sich in Luft auflösen. „Das Ganze ist eine Farce.“ Der Amtsvermerk der WKStA sei „in sich unschlüssig“ und „einfach eine bunt zusammengewürfelte Masse an Nachrichten“.

Sidlos FPÖ-Informantin

Bunt ist die Sammlung an Nachrichten und Chats tatsächlich. Bei dem einen oder anderen Vorgang stellt sich allerdings die Frage, ob es die beteiligten Personen nicht vielleicht zu bunt getrieben haben.

Im Zentrum des Ermittlungsverfahrens steht die Bestellung des langjährigen FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) Ende März 2019. Bekanntermaßen erfolgte diese nicht zuletzt auf Betreiben von Novomatic. Im Mai trat er den Job an. Zwei Monate später, am 2. Juli 2019, schrieb Sidlo von seinem Handy folgende Nachricht an eine frühere Mitarbeiterin des seinerzeitigen FPÖ-Finanzstaatssekretärs Hubert Fuchs, die später im FPÖ-Parlamentsklub andockte: „Hallo ..., bitte vergiss nicht auf mich und den Gesetzesentwurf zum GSpG.“

Er bat sie, ihm den Entwurf zum Glücksspielgesetz an seine private E-Mail-Adresse zu schicken. Sechs Tage später, am 8. Juli 2019, kam die Frau der Bitte

Win-Wien-Situation

Nachgerade mysteriös wirken Novomatic-interne Chats aus dem Jahr 2018, die sich dem Anschein nach um eine Novelle des Wiener Wettengesetzes und um die umstrittene Aufstellung sogenannter Video-Lotterie-Terminals (VLTs) drehen. VLTs sind Glücksspielautomaten, die aufgrund der in der Casag-Gruppe liegenden Lotteriekonzession aufgestellt werden können. In Wien, wo seit 2015 das sogenannte kleine Glücksspiel verboten ist, sorgte die Aufstellung solcher Geräte im Februar 2018 für politische Aufregung.

Die vorliegenden Chats deuten nun auf einen möglichen Deal hin. Ein Novomatic-Mitarbeiter schrieb am 23. Februar 2018 an den damaligen CEO Harald Neumann: „Ulli S ist mit 150 einverstanden, aber wir sollen Vorschlag für eine Art Vereinbarung ... machen, dass man vorerst nur 150 Geräte betreiben wird und mehr nur nach Absprache mit Stadt Wien. Wenn wir das machen, wird auch Wettengesetz entsprechend modifiziert!“ Der Novomatic-Mitarbeiter berichtete Neumann über ein Gespräch, das er geführt habe – die WKStA vermutet, mit SPÖ-Stadträtin Ulrike Sima. Ihr Büro bestreitet vehement, dass es einen solchen Termin gegeben habe.

Wer auch immer der Gesprächspartner war: Die Lotterien erklärten tatsächlich in einem Brief an die Stadt, dass neue Geräte nur in Abstimmung mit Sima aufgestellt würden – ausgenommen jene 150, die das Finanzministerium bereits genehmigt habe. Was auf der anderen Seite das Wettengesetz betrifft, ging es Novomatic laut Chats vor allem um Details bei Zutrittsregeln. Am 9. März 2018 schrieb bewusster Novomatic-Mitarbeiter erneut an CEO Neumann: „Habe

gerade vertraulich den neuen Passus bekommen. Wenn das so kommt, haben wir gewonnen!“ Ein übermitteltes Foto eines Absatzes zum Thema Aufenthalts- und Zutrittsbeschränkungen in Wettlokalen deckt sich mit der endgültig beschlossenen Version. Offiziell im Landtag eingebracht wurde diese laut WKStA erst 14 Tage später.

In Simas Büro zeigt man sich verwundert. Dort vertritt man die Ansicht, dass der beschlossene Text „viel präziser und damit schärfer“ sei als der Begutachtungsentwurf. Die Stadt habe „trotz vehementer Widerstände die strengen Regelungen im Landtag beschlossen“. Was die VLTs betrifft, habe man rechtlich keine Chance gehabt, die vom Bund genehmigten Automaten zu verhindern. Sima kämpfte seit vielen Jahren gegen illegales Glücksspiel und illegale Werten und sei daher für die Betreiber seit Langem „ein rotes Tuch“. Es habe keinerlei Abmachung gegeben.

Novomatic wiederum bestreitet, sich vertrauliche, amtliche Informationen organisiert zu haben. „Zeitgleich mit allfälligen Chat-Verläufen“ habe die Wirtschaftskammer Wien „den Entwurf einer Stellungnahme zur Novellierung des Wiener Wettengesetzes versendet und um Feedback dazu gebeten“. Die Frage

Am 2. Juli 2019 erinnert Mag. SIDLO die (zumindest bis 18. Mai 2019 als [REDACTED] von DDr. FUCHS beschäftigten²⁴⁾ [REDACTED], dass sie ihm den Gesetzesentwurf zum GSpG an seine private E-Mailadresse schicken soll.

Chat #	Participants	Source	Inst From	Body	Timestamp: Time
30	[REDACTED]	Message: 1	[REDACTED]	Hallo [REDACTED] bitte vergiss nicht auf mich und den Gesetzesentwurf zum GSpG. Bitte an [REDACTED] schicken. Danke dir!	02.07.2019 13:23:18(UTC+0)

BONUSWÜRDIG
„Neues GSpG als Erster
gesehen.“



PETER SIDLO
„Keine neue Toilette
EUR 4500 gespart.“

nach. Von ihrer FPÖ-E-Mail-Adresse übermittelte sie einen „sektionsinternen Entwurf für die GSpG-Novelle“, der „von den Beamten erstellt wurde und leider nie in gemeinsamen Runden beider Kabinette (Fuchs und Löger) mit der Fachabteilung diskutiert“ worden sei. Die Frau verwies auf „einigen Diskussions- und Änderungsbedarf“.

Solche inhaltlichen Zweifel schienen Sidlo jedoch nicht zu kümmern. Auf seinem Handy hatte er unter dem Titel „Prämie“ eine durchaus umfangreiche Liste angelegt, die augenscheinlich Argumente für eine Bonuszahlung darstellen könnten. Dort notierte er: „Neues GSpG als Erster gesehen und intern zur Stellungnahme weitergegeben“.

profil wollte von Sidlos Informantin wissen, ob sie die internen Unterlagen aus dem Finanzministerium mitgenommen hatte. Die Anfrage blieb bis Redaktionsschluss ebenso unbeantwortet wie jene an Sidlo. Letztere enthielt auch die Bitte um nähere Erläuterung eines anderen Eintrags in der Prämiensliste: „keine neue Toilette EUR 4500 gespart“. Sollte das in der teilstaatlichen Casag tatsächlich als bonuswürdige Leistung gelten, wäre das durchaus bemerkenswert.

Zeitpunkt	Thread	Sender	Text	Empfänger
2018-01-30 12:32:45.064 Einzelchat		Thomas Schmid	Bitte sag Axel und Co Georg muss BMF Kandidat für Bundesforste sein Bussi	Spiegelfeld Gabi
2018-01-30 12:36:08.42C Einzelchat		Spiegelfeld Gabi	Habs Axel grad geschrieben... Seb auch???????	Thomas Schmid
2018-01-30 12:36:26.881 Einzelchat		Thomas Schmid	Ja bitte	Spiegelfeld Gabi
2018-01-30 12:36:35.26C Einzelchat		Thomas Schmid	Ich werde das nämlich jetzt dann veranlassen	Spiegelfeld Gabi
2018-01-30 22:15:04.541 Einzelchat		Thomas Schmid	Habe der Landwirtschaft heute mitgeteilt dass wir Georg in die Bundesforste schicken werden	Spiegelfeld Gabi
2018-01-31 07:20:54.434 Einzelchat		Spiegelfeld Gabi	👍	Thomas Schmid

nach dem – merkbar gut informierten – Gesprächspartner des Novomatic-Mitarbeiters blieb unbeantwortet.

Der Postenmacher

Im Amtsvermerk der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vom 21. Juli 2020 zur Causa Casinos, der zahlreiche Mail- und Chatverläufe enthält, ist es nur ein kurzer Exkurs. Um das System Österreich zu verstehen, ist es jedoch Anschauungsmaterial erster Güte. Die handelnden Personen: der frühere Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium und nunmehrige Alleinvorstand der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG, Thomas Schmid, der in der ÖVP bestens vernetzt ist – und die PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld, die als Vertraute von Bundeskanzler Sebastian Kurz gilt. Bereits 2017 organisierte sie etwa im Wahlkampf ein Personenkomitee für den ÖVP-Chef.

Wenige Monate später, im Jänner 2018, schickte ihr Schmid laut Chat-Protokoll (siehe Faksimile) folgende Nachricht: „Bitte sag Axel und Co Georg muss BMF Kandidat für Bundesforste sein Bussi“. Spiegelfeld antwortete: „Habs Axel grad geschrieben... Seb auch??????“. Schmid darauf: „Ja bitte Ich werde das nämlich jetzt dann veranlassen“. Was hat es damit auf sich? Nun: Anfang März 2018 wurde dann ein gewisser Georg Spiegelfeld auf Vorschlag des Finanzministeriums in den Aufsichtsrat der Österreichischen Bundesforste gewählt. Georg Spiegelfeld ist Immobilienunternehmer – und der Mann von Gabriela Spiegelfeld. Er bedankte sich Ende Februar 2018 bei Schmid für den Posten.

Gab es ein Auswahlverfahren? Schmid's Anwalt Thomas Kralik schreibt auf profil-Anfrage: „Bei der Kandidatenauswahl wurden persönliche und fachliche Qualitätskriterien umfassend berücksichtigt.“ Georg Spiegelfeld verweist darauf, dass Immobilien ein zweiter großer Umsatzbereich der Bundesforste sei, und er in diesem Fachbereich seit mehr als 40 Jahren tätig sowie seit 20 Jahren auch gerichtlich zertifizierter Sachverständiger sei. Seine Frau teilte mit, sie habe sich nichts vorzuwerfen, da ihr Mann allen Qualifikationen für diese Position entspreche.

Doch wer sind eigentlich „Axel“ und „Seb“ aus den Chat-Protokollen? Diese Frage ließ Gabriela Spiegelfeld unbeantwortet. ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior teilte mit, hier werde „einmal mehr versucht, einen Skandal zu kreieren, wo schlicht

und ergreifend keiner ist“. Ein Sprecher von Kanzler Sebastian Kurz meint: „Es ist ein weiterer Skandalisierungsversuch einer korrekten Personalentscheidung.“ Das Kanzleramt sei nach der Entscheidung vom Finanzministerium über die Besetzung informiert worden.

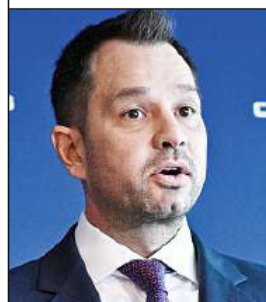
Eine andere Job-Besetzung ist Thema einer Meldung, die am 10. Juli dieses Jahres auf der Whistleblower-Website der WKStA einging. Ein ehemaliger Mitarbeiter der ÖBAG schildert darin, wie sein Bewerbungsprozess abgelaufen sei: „Ein erstes Gespräch mit der Personaldienstleiterin (Anm.: Name der Redaktion bekannt) fand am 8.1.2019 um 16 Uhr in ihrem Büro statt. Darin wurde mir die Übergangssituation der ÖBIB zur ÖBAG erläutert. Nach meiner Erinnerung wurde schon damals Herr Schmid als „Vorstand in spe“ bezeichnet“. Ein weiteres Gespräch habe es eine Woche später gegeben. Wieder im Büro der Headhunterin. Diesmal sei auch ein Vertrauter Thomas Schmid's anwesend gewesen. Wieder sei ihm erklärt worden, dass die Vorstandsposition der ÖBAG zwar noch offiziell ausgeschrieben werden müsse, Schmid aber „praktisch gesetzt“ sei.

Am 18. Jänner 2019 habe man sich abermals getroffen. Bei dem Gespräch, welches im Finanzministerium stattgefunden habe, habe neben der Personalberaterin und Schmid's Vertrautem auch dieser selbst teilgenommen. „Ich wurde darin Herrn Schmid (...) als sehr gute Besetzung für diese Stelle empfohlen. Kurz darauf erhielt ich die mündliche Zusage – ohne je mit einem amtierenden Vertreter der ÖBAG gesprochen zu haben.“ Tatsächlich wurde der Vorstandsposten der ÖBAG erst am 21. Februar 2019 ausgeschrieben. Weshalb also interessierte sich Thomas Schmid für das Recruiting von Mitarbeitern der zweiten Ebene?

„Als der für das Beteiligungsmanagement mitzuständige Kabinettschef beziehungsweise Generalsekretär im Finanzministerium war mein Mandant gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung und der ÖBIB in die Vorbereitung der Neuaufstellung der Staatsholding nach internationalen Standards involviert. Im Zuge dessen war er neben zahlreichen nationalen und internationalen ExpertInnen in inhaltliche, legistische sowie operative Vorbereitungshandlungen der Gesellschaft eingebunden“, lässt Schmid's Anwalt wissen.

Und weshalb ging die Personalberaterin davon aus, dass Schmid das Rennen um den ÖBAG-Vorstandsposten machen würde? Darauf wollte sie profil keine Antwort geben. ■

DAUMEN HOCH
Georg Spiegelfeld
wurde Aufsichtsrat
der Bundesforste.



THOMAS SCHMID
In Sachen Posten-
besetzungen äußerst
umtriebig.

„www.orf.at“, 15.08.2020

„Profil“: Sidlo bekam Gesetzesentwurf von FPÖ-Informantin

Der Wiener Ex-FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo dürfte in seiner Zeit als Vorstand der Casinos Austria vertrauliche Gesetzesentwürfe von einer FPÖ-Informantin erhalten haben. Eine frühere Mitarbeiterin des damaligen FPÖ-Finanzstaatssekretärs Hubert Fuchs habe ihm Ministeriumspapiere zum Glücksspielgesetz (GSpG) auf seine Bitte hin zukommen lassen, berichtete das „profil“.

Das gehe aus Handy- und E-Mail-Auswertungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hervor. So habe Sidlo laut einem Handyprotokoll am 2. Juli 2019 geschrieben: „bitte vergiss nicht auf mich und den Gesetzesentwurf zum GSpG“. Sie solle den Entwurf an seine private E-Mail-Adresse schicken, hieß es laut dem Magazin weiter.

Vermerk: „Diskussions- und Änderungsbedarf“

Rund eine Woche später habe die Frau von einer FPÖ-E-Mail-Adresse aus als ‚vertraulich‘ gekennzeichnete Materialien eines Gesetzesentwurfs zum Glücksspielgesetz mit Stand 29. April 2019 an Sidlo geschickt mit dem Vermerk, es gebe noch „einigen Diskussions- und Änderungsbedarf“, und der Bitte, „den Entwurf vertraulich zu behandeln“, schreibt das „profil“. Von Sidlo oder der Frau habe das Magazin auf Anfrage keine Stellungnahmen erhalten.

Sidlo wurde im Frühling 2019 Finanzvorstand der Casinos Austria. Noch im selben Jahr kam jedoch ein Skandal um mutmaßlichen Postenschacher rund um seine Person auf. Nun gibt es Ermittlungen, ob es hinter seiner Bestellung einen Deal zwischen dem damaligen Casinos-Miteigentümer Novomatic und der FPÖ gab, wonach für die Installierung Sidlos Glücksspiellizenzen für die Novomatic herauschauen hätten sollen. Das streiten alle Involvierten ab, es gilt die Unschuldsvermutung.

„APA“, 13.08.2020

FPÖ – Hafenecker: Schwarzer Casinos-Faden zieht sich auch zur Sazka-Gruppe

U-Ausschuss soll Rolle Schellings sowie des Trios Kurz-Blümel-Löger klären

Wien (OTS) - „Wer auch immer in der Eigentümerschlacht um die Casinos Austria gerade die Nase vorne hat – die ÖVP gewinnt immer.“ – So kommentierte der freiheitliche Fraktionsführer im Ibiza-Untersuchungsausschuss, NAbg. Christian Hafenecker, einen aktuellen Standard-Bericht über eine Anzeige betreffend die Umstände des Einstiegs der tschechischen Sazka-Gruppe bei den Casinos und ihren Aufstieg zum Mehrheitseigentümer.

„Im Schatten der lauten Aufregung um einen angeblichen, mittlerweile ohnehin widerlegten FPÖ-Novomatic-Deal haben sich die Tschechen die Mehrheit an den Casinos gekrallt und erhielten dabei, wenn man der anonymen Anzeige glauben darf, nicht unwesentliche Anschubhilfe vom damaligen ÖVP-Finanzminister Schelling“, so Hafenecker, der fordert, auch zu diesem Umstand Befragungen im Untersuchungsausschuss vorzunehmen und dazu jedenfalls auch Vertreter der Sazka-Gruppe zu laden. Die Ladung des ehemaligen, von der Sazka nominierten Casinos-Vorstandsvorsitzenden Labak sei ja an dessen fehlendem Wohnsitz in Österreich gescheitert.

„In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass kurz vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Mitte 2018 gleich drei höchstrangige ÖVP-Regierungsvertreter – nämlich Kanzler Kurz, Kanzleramtsminister Blümel und Finanzminister Löger – einen Brief an Sazka-Chef Komarek schrieben, in dem sie sich in untertänigsten Worten dafür entschuldigt haben, kurzfristig keinen Termin wahrnehmen zu können, aber wörtlich einer ‚fruchtbaren Partnerschaft‘ entgegengesehen haben“, erläuterte Hafenecker.

„Die aktuelle Anzeige in Zusammenhang mit der Sazka-Gruppe ist ein weiterer Strang des immer dicker werdenden schwarzen Fadens quer durch das Glücksspiel-Geschäft, an dem nicht nur über die ÖBAG die Anteile der Republik hängen, sondern der auch zur Novomatic und eben auch zu Sazka führt. Im letzteren Fall ist das besonders schockierend, hat die ÖVP damit doch offensichtlich dazu beigetragen, dass ein österreichischer Leitbetrieb nach Prag verloren geht – und mit ihm mittelfristig auch Steuereinnahmen für die Republik“, so der FPÖ-Fraktionsführer.

„APA“, 13.08.2020

Causa Casinos: Neue Anzeige thematisiert Sazka-Einstieg

Utl.: "Standard": Anonymes Schreiben ging Ende Juli an Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Seit Ende Juli gibt es eine neue anonyme Sachverhaltsdarstellung rund um die Causa Casinos, die auch vom parlamentarischen Ibiza-U-Ausschuss untersucht wird. Sie erging laut "Standard" an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Es geht um die "feindliche Übernahme" der teilstaatlichen Casinos Austria durch die tschechische Sazka-Gruppe, inzwischen größte Anteilseignerin der Casinos.

Laut dem zweieinhalbseitigen Schreiben ging es bei der Übernahme nicht mit Samthandschuhen zu, interpretiert die Zeitung. Sazka steige immer mit kleinen Beteiligungen ein, schließe wie mit Novomatic als damaligem Casinos-Miteigner Schiedsgerichtsklauseln mit hohen Strafdrohungen und sobald die unterschrieben seien, sei das "der Anfang vom Ende".

Zur Vorbereitung des Casinos-Einstiegs sei eine Verbindung zwischen dem Chef der Sazka-Gruppe, Karl Komarek, und dem damaligen Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) hergestellt worden. Das sei über einen Ex-OMV-Manager und Geschäftspartner Komareks gegangen. Sazka sei als Casinos-Aktionär keinem Fit-and-Proper-Test unterzogen worden; obwohl in Österreich über ihre indirekte Beteiligung an der Betano illegales Onlineglücksspiel gelaufen sei.

All das dementierte ein Sazka-Sprecher, gegenüber dem "Standard", der ihn mit der Anzeige konfrontiert hat. Man habe zwar indirekt eine Minderheit an der Betano erworben, aber die Gesellschaft sofort dazu gebracht, illegale Aktivitäten in Österreich zu stoppen. Auch die Darstellung, wonach Schelling nach seinem Ausscheiden als Finanzminister einen Konsulentenvertrag mit Komareks Gesellschaft KKCG bekommen habe (über einen Subkontrakt mit dem Ex-OMV-Mann), mit dem Ziel, Novomatic zu einem Verkauf ihrer Casag-Anteile an die Tschechen zu bewegen, entbehre jeder Grundlage.

Laut dem Anzeiger änderten die Tschechen danach ihre Strategie, um an die Casag-Mehrheit zu kommen, berichtet die Zeitung. Von Fallen für ÖBIB und Novomatic sei da die Rede, von Dirty Campaigning und politischem Lobbying für den Erhalt des Glücksspielmonopols und Steuerreduktion.

Als Erstes sei dann die Vorstandsdiskussion in Gang gebracht worden, wobei Novomatic mit der Nominierung von FPÖ-Mann Peter Sidlos ein schwerer Fehler unterlaufen sei. Komarek habe Sidlo bereits gekannt und er hasse ihn. Beides wird seitens Sazka aber bestritten.

Ein weiteres Thema in der Anzeige ist laut dem Bericht ein viel zitiertes Treffen bei der Glücksspielmesse in London, bei dem etwa die heutige Casag-Chefin Bettina Glatz-Kremsner dabei war und der damalige FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs. Das Meeting sei quasi von Sazka initiiert worden und hätte ebenfalls dem politischen Lobbying dienen sollen - das habe aber nicht geklappt. Also habe man auf die Anti-Sidlo-Schiene gesetzt. Zwei von Sazka unterstützte Berater hätten ein erstes anonymes Schreiben verfasst (was die und Sazka bestreiten), auch um im Schiedsverfahren gegen Novomatic zu punkten, schreibt "Der Standard".

Genau zu dem Zeitpunkt sei dann das "Geschenk Gottes", das Ibiza-Video, öffentlich geworden. "Und", so der Anzeiger, "zur Überraschung aller" habe dies zu massiven Ermittlungsschritten der Justiz geführt. Warum der Anonymus das schreibt? Er habe Streit mit der Komarek-Gruppe KKCG, weswegen er der Ansicht sei, dass die Adressaten des Schreibens "das Benehmen von KKCG und Sazka kennenlernen sollten".

„APA“, 13.08.2020

Causa Casinos - Sazka nennt Inhalte von anonymer Anzeige "verrückt"

Utl.: "Reiner Versuch, uns auf besonders niederträchtige Weise zu diskreditieren"

Wien (APA) - Die tschechische Sazka Gruppe stört sich sehr am Inhalt einer anonymen Anzeige, in der es um ihren Einstieg und ihre Mehrheitsübernahme bei den teilstaatlichen Casinos Austria geht. "Es handelt sich hierbei um den reinen Versuch, uns auf besonders niederträchtige Weise zu diskreditieren", heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber der APA.

Die anonyme Sachverhaltsdarstellung sei "voll von unwahren Aussagen, unbegründeten Spekulationen und teilweise sogar lustig in ihren lächerlichen Schlussfolgerungen", die auch "verrückt" seien. Beweise gebe es keine: "Wir sind unseren Werten Professionalität, Integrität, Vertrauen und gesundes unternehmerisches Urteilsvermögen stets gerecht geworden."

„www.orf.at“, 13.08.2020

Causa Casinos: Neue Anzeige thematisiert Sazka-Einstieg

Seit Ende Juli gibt es eine neue anonyme Sachverhaltsdarstellung rund um die Causa Casinos, die auch vom parlamentarischen Ibiza-U-Ausschuss untersucht wird. Sie erging laut „Standard“ an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Es geht um die „feindliche Übernahme“ der teilstaatlichen Casinos Austria durch die tschechische Sazka-Gruppe, inzwischen größte Anteilseignerin der Casinos.

Laut dem zweieinhalbseitigen Schreiben ging es bei der Übernahme nicht mit Samthandschuhen zu, interpretiert die Zeitung. Sazka steige immer mit kleinen Beteiligungen ein, schließe wie mit Novomatic als damaligem Casinos-Miteigner Schiedsgerichtsklauseln mit hohen Strafdrohungen und sobald die unterschrieben seien, sei das „der Anfang vom Ende“.

Kein Fit-and-Proper-Test für Sazka?

Zur Vorbereitung des Casinos-Einstiegs sei eine Verbindung zwischen dem Chef der Sazka-Gruppe, Karl Komarek, und dem damaligen ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling hergestellt worden. Das sei über einen Ex-OMV-Manager und Geschäftspartner Komareks gegangen. Sazka sei als Casinos-Aktionär keinem Fit-and-Proper-Test unterzogen worden; obwohl in Österreich über ihre indirekte Beteiligung an der Betano illegales Onlineglücksspiel gelaufen sei.

All das dementierte ein Sazka-Sprecher, gegenüber dem „Standard“, der ihn mit der Anzeige konfrontiert hat. Man habe zwar indirekt eine Minderheit an der Betano erworben, aber die Gesellschaft sofort dazu gebracht, illegale Aktivitäten in Österreich zu stoppen. Auch die Darstellung, wonach Schelling nach seinem Ausscheiden als Finanzminister einen Konsultantenvertrag mit Komareks Gesellschaft KKCG bekommen habe (über einen Subkontrakt mit dem Ex-OMV-Mann), mit dem Ziel, Novomatic zu einem Verkauf ihrer CASAG-Anteile an die Tschechen zu bewegen, entbehre jeder Grundlage.

ÖBIB und Novomatic Fallen gestellt?

Laut dem Anzeiger änderten die Tschechen danach ihre Strategie, um an die Casinos-Mehrheit zu kommen, berichtet die Zeitung. Von Fallen für ÖBIB und Novomatic sei da die Rede, von Dirty Campaigning und politischem Lobbying für den Erhalt des Glücksspielmonopols und Steuerreduktion.

Als Erstes sei dann die Vorstandsdiskussion in Gang gebracht worden, wobei Novomatic mit der Nominierung von FPÖ-Mann Peter Sidlos ein schwerer Fehler unterlaufen sei. Komarek habe Sidlo bereits gekannt und er hasse ihn. Beides wird seitens Sazka aber bestritten.

Auch Treffen bei Glücksspielmesse in London Thema in Anzeige

Ein weiteres Thema in der Anzeige ist laut dem Bericht ein viel zitiertes Treffen bei der Glücksspielmesse in London, bei dem etwa die heutige CASAG-Chefin Bettina Glatz-Kremsner dabei war und der damalige FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs. Das Meeting sei quasi von Sazka initiiert worden und hätte ebenfalls dem politischen Lobbying dienen sollen – das habe aber nicht geklappt. Also habe man auf die Anti-Sidlo-Schiene gesetzt. Zwei von Sazka unterstützte Berater hätten ein erstes anonymes Schreiben verfasst (was die und Sazka bestreiten), auch um im Schiedsverfahren gegen Novomatic zu punkten, schreibt „Der Standard“.

Genau zu dem Zeitpunkt sei dann das „Geschenk Gottes“, das „Ibiza-Video“, öffentlich geworden. „Und“, so der Anzeiger, „zur Überraschung aller“ habe dies zu massiven Ermittlungsschritten der Justiz geführt. Warum der Anonymus das schreibt? Er habe Streit mit der Komarek-Gruppe KKCG, weswegen er der Ansicht sei, dass die Adressaten des Schreibens „das Benehmen von KKCG und Sazka kennenlernen sollten“.



Foto: Reuters / Heinz-Peter Bader

Verschlungen waren die Wege, bis die Tschechen im teilstaatlichen Casinos-Imperium die Kontrolle übernehmen.

Neue Anzeige in der Causa Casinos

Neuer Stoff für den Ibiza-U-Ausschuss: In einer anonymen Anzeige rollt ein Insider das Vorgehen der tschechischen Sazka-Gruppe beim Casinos-Einstieg auf. Sazka bestreitet die Vorwürfe.

Renate Graber

Vor genau einem Jahr fanden in der Causa Postenschacher in der teilstaatlichen Casinos Austria AG jene Hausdurchsuchungen statt, bei denen die Ermittler von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) auch das Handy von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache beschlagnahmten – samt jenen Chats, die weitere Ermittlungen auslösten.

Die durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gebrachte Casinos-Causa, die sich an der Bestellung von FPÖ-Mann Peter Sidlo zum Casag-Finanzvorstand entzündet hatte, ist auch Gegenstand des Ibiza-U-Ausschusses. Der geht am 9. September weiter – neuen Stoff für Befragungen gibt es. Denn am 27. Juli ging ein weiteres anonymes Schreiben bei der WKStA ein, es ging auch dem STANDARD zu. Der Verfasser schildert auf zweieinhalb Seiten seine Sicht darüber, wie die tschechische Sazka Group „feindliche Übernahmen“ tätige und wie sie ihren Ein-

stieg beim österreichischen Glücksspielkonzern vorbereitet und umgesetzt habe. Kurz zusammengefasst könnte man sagen: nicht mit Samthandschuhen.

Zur Erinnerung: Die Unternehmensgruppe des Tschechen Karel Komarek war mit kleiner Beteiligung eingestiegen, es folgten Machtkämpfe mit den Casag-Aktionären Staat (Öbib und Öbag) und Novomatic. Zuletzt übernahm Sazka auch deren Anteil und hat nun mit 55 Prozent das Sagen im Konzern, der einen rigorosen Sparkurs fährt.

Glaubt man dem Verfasser der Sachverhaltsdarstellung, war dieses Vorgehen symptomatisch. Sazka steige immer mit kleinen Beteiligungen ein, schließe (wie mit Novomatic; Anm.) Schiedsgerichtsklauseln mit hohen Strafdrohungen, sobald die unterschrieben seien, sei das „der Anfang vom Ende“. Zur Vorbereitung des Casinos-Einstiegs sei eine Verbindung zwischen Komarek und dem damaligen Finanzminister Hans Jörg

Schelling (ÖVP) hergestellt worden, über einen Ex-OMV-Manager und Geschäftspartner Komareks. Sazka sei als Casag-Aktionär keinem Fit-and-Proper-Test unterzogen worden; obwohl in Österreich über ihre indirekte Beteiligung an der Betano illegales Onlineglücksspiel gelaufen sei.

All das dementiert ein Sazka-Sprecher, den der STANDARD mit der Anzeige konfrontiert hat. Man habe zwar indirekt eine Minderheit an der Betano erworben, aber die Gesellschaft sofort dazu gebracht, illegale Aktivitäten in Österreich zu stoppen. Auch die Darstellung, wonach Schelling nach seinem Ausscheiden als Finanzminister einen Konsumentenvertrag mit Komareks Gesellschaft KKCG bekommen habe (über einen Subkontrakt mit dem Ex-OMV-Mann), mit dem Ziel, Novomatic zu einem Verkauf ihrer Casag-Anteile an die Tschechen zu bewegen, entbehre jeder Grundlage.

Laut dem Anzeiger änderten die Tschechen danach ihre Strategie, um an die Casag-Mehrheit zu kommen. Von Fallen für Öbib und Novomatic ist da die Rede, von Dirty Campaigning und politischem Lobbying für den Erhalt des Glücksspielmonopols und Steuerreduktion. Als Erstes sei dann die Vorstandsdiskussion in Gang gebracht worden, wobei Novo-

matic mit der Nominierung Sidlos ein schwerer Fehler unterlaufen sei. Komarek habe Sidlo bereits gekannt und er hasse ihn – beides wird seitens Sazka bestritten.

Weiteres Thema: das inzwischen berühmte Treffen bei der Glücksspielmesse in London, bei dem u. a. die heutige Casag-Chefin Bettina Glatz-Kremsner dabei war und der damalige FPÖ-Staatssekretär im Finanzministerium, Hubert Fuchs. Das Meeting sei quasi von Sazka initiiert worden und hätte ebenfalls dem politischen Lobbying dienen sollen – das habe aber nicht geklappt. Also habe man auf die Anti-Sidlo-Schiene gesetzt, zwei von Sazka unterstützte Berater hätten das (erste) anonyme Schreiben verfasst (was die und Sazka bestreiten), auch um im Schiedsverfahren gegen Novomatic zu punkten.

Genau zu dem Zeitpunkt sei dann das „Geschenk Gottes“, das Ibiza-Video, aufgetaucht. „Und“, so der Anzeiger, „zur Überraschung aller“ habe dies zu massiven Ermittlungsschritten der Justiz geführt. Warum der Anonymus das schreibt? Er habe Streit mit der Komarek-Gruppe KKCG, weswegen er der Ansicht sei, dass die Adressaten des Schreibens „das Benehmen von KKCG und Sazka kennenlernen sollten“.

„Die Presse“, 12.08.2020

Korruptionsjäger auf falscher Spur

Causa Casinos. Chats ließen die WKStA glauben, Peter Sidlo wolle mit Novomatic dealen. Doch half er einem slowakischen Investor beim Versuch, Casinos-Anteile und eine Bank zu übernehmen. Auch zum Vorteil der FPÖ.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. „Hallo Joschi. Ich habe mit meinen Freunden bezüglich Casinos gesprochen, sie wären bereit und auch fähig, den Deal zu machen.“ Es ist diese WhatsApp-Nachricht vom 12. August 2018 von Peter Sidlo an Ex-FPÖ Klubobmann Johann Gudenus, die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) als heiße Spur betrachtet. Sie sieht darin den Beginn der vermuteten Postenschacherei bei der Casinos Austria (Casag). Allein, wie es aussieht, sitzen die Ermittler da einem Irrtum auf. Denn eigentlich geht es darin um etwas anderes – wenn auch nicht minder Interessantes.

Bei dem angesprochenen Deal geht es nämlich nicht um die Novomatic, wie die Ermittler glauben, sondern um eine geplante Übernahme der Wiener Privatbank durch einen slowakischen Investor, der sich auch für Anteile an der Casinos Austria interessierte. Der Vermittler: Peter Sidlo. Und der „Deal“ sollte auch der FPÖ Vorteile bringen. Aber beginnen wir von vorn.

Im Kern drehen sich die Casinos-Ermittlungen um den Vorwurf, dass hinter der Bestellung von Peter Sidlo (FPÖ) zum Casag-Finanzchef eine parteipolitische Abmachung stand. Der Casag-Mitaktionärin Novomatic soll im Gegenzug zur Bestellung Entgegenkommen bei Glücksspiellizenzen versprochen worden sein. Außerdem soll die ÖVP dem Deal zugestimmt haben, wenn der damalige Finanz-Generalsekretär, Thomas Schmid, im Gegenzug zum Chef der Staatsholding Öbag avancieren würde.

“

Hallo Joschi. Ich habe mit meinen Freunden bezüglich Casinos gesprochen, sie wären bereit und auch fähig, den Deal zu machen.

Peter Sidlo in einer WhatsApp-Nachricht an den damaligen FP-Klubobmann, Johann Gudenus

Ein Hauptindiz für diese Version war für die Ermittler jener erwähnte Gesprächsverlauf auf WhatsApp, der der „Presse“ vorliegt. Liest man den allerdings zur Gänze, lässt das am angenommenen Sachverhalt zweifeln. Da steht etwa: „Sie kennen Szarka gut und benötigen jedoch zur Beteiligungsstruktur (Finanzierung) ein paar Details. Wer kann uns diese besorgen? Lg Peter“.

Slowakische Freunde

Tatsächlich sind die „Freunde“, von denen Sidlo spricht, nicht Novomatic. Sondern offenbar ist die Arca-Gruppe gemeint, die lang im Besitz des slowakischen Oligarchen Pavel Krupa stand. Um die Anteile der Casinos Austria, die teils in der Hand der tschechischen Szarka sind, tobte seit Jahren ein Eigentümerstreit – und offenbar glaubte Sidlo, dass der beigelegt werden könnte, wenn Szarka an Arca verkauft. Der ursprüngliche Plan der Arca-Gruppe war, Investmentmöglichkeiten in Österreich zu finden. Eine davon war die Übernahme der Wiener Privat-



bank, die Peter Sidlo für Arca abwickeln sollte. Er wurde von den Eigentümern der Bank auch zum Aufsichtsrat bestellt – quasi als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber dem Investor.

Diese geplante Übernahme führte dann auch zur Idee eines Einstiegs bei der Casinos. Denn wer eine Bank kaufen will, muss einen Zuverlässigkeitstest bestehen. Ein ähnliches Verfahren gibt es auch für all jene, die sich an der Casinos beteiligen wollen. Offenbar wollte Sidlo also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Hohe Kredite für die FPÖ

Eine politische Komponente stand aber auch dahinter: Denn die FPÖ sollte von der Übernahme der Bank profitieren. Das legt zumindest ein Notizzettel nahe, der bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung von Johann Gudenus gefunden wurde – von wem die Notiz stammt, ist unklar. Auf dem Papier sind für den Fall der Übernahme jedenfalls vier Vorteile für die FPÖ aufgelistet. Einer davon: Die Partei könnte von der Wiener Privatbank jährliche Kredite von 15 bis 20 Millionen Euro bekommen – das ist selbst für Großparteien eine sehr hohe Summe.

Eine zentrale Frage bleibt dabei: Was hätte sich die Arca-Gruppe im Gegenzug von der FPÖ erwartet? Auch das bleibt vorerst offen. Aus diesen Ideen wurde letztlich

AUF EINEN BLICK

Peter Sidlo (46) wird vorgeworfen, dass er durch einen Deal zwischen FPÖ, ÖVP und Novomatic zum Finanzvorstand der Casinos Austria wurde. Er bestreitet das, räumt aber Unterstützung vom damaligen FPÖ-Chef, Heinz-Christian Strache, ein. Eine Chatnachricht an Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, die die Korruptionsermittler als Indiz für Postenschacherei sehen, hat mit Blick auf den Chatverlauf aber einen anderen Hintergrund.

Vor dem Casinos-U-Ausschuss bestritt Peter Sidlo, dass seine Bestellung zum Casinos-Finanzvorstand Ergebnis eines Polit-Deals war.

[APA]

aber ohnehin nichts, weil die Bankenaufsicht Arca kritisch gegenüberstand und das die Investorengruppe auch spüren ließen – Grund waren frühere strafrechtliche Ermittlungen wegen Geldwäsche gegen einen der Eigentümer. Daraufhin zog Arca den Antrag auf Übernahme der Bank im September 2018 zurück. Eine mehrheitliche Übernahme der Bank kam nicht zustande, heute sind sie Minderheitsaktionär. Somit starben auch die Casinos-Pläne, weil anzunehmen war, dass Arca auch dort die nötige Prüfung nicht bestehen würde.

Strache unterstützte Sidlo

Peter Sidlo landete dennoch im Casag-Vorstand. Wie es dazu kam? Sidlo selbst präsentiert diese Version: Als der Generalrat der Nationalbank durch Ministerratsbeschluss neu besetzt wurde, wurde Bettina Glatz-Kremsner für die ÖVP entsendet, Sidlo für die FPÖ. Die beiden verstanden sich gut. Und als Glatz-Kremsner von der Casinos schwärmte, fragte Sidlo den damaligen FPÖ-Chef, Heinz-Christian Strache, ob er ihn bei der Bewerbung als Vorstand unterstützen würde. Der sagte zu, wie er selbst im U-Ausschuss bestätigte. Die Casinos-Vorstände wurden also unter anderem wieder mit Glatz-Kremsner und Sidlo besetzt. Ob und welche Personalien sonst noch unter diese politische Einigung gefallen sind, welche Versprechen es im Gegenzug gab, wird der U-Ausschuss ab Herbst weiter beleuchten.

Die Ermittlungen in der Casinos-Causa gestalten sich inzwischen schleichend: Zwar kam mit Ende Juli mit 1500 Seiten der bisher längste Aktenvermerk mit etlichen Chat-Auswertungen dazu, wirklich Stichhaltiges fehlt aber. Es bleibt bei Konjunktiven und Vermutungen. Übrigens wurde nach einem Jahr Ermittlungen bisher weder Johann Gudenus noch Peter Sidlo zur Einvernahme geladen.

„Falter“, 12.08.2020

Spendenaufwurf an das Mock-Institut? Für Sobotka wird es im Herbst eng

Vergangene Woche einigten sich die Fraktionen im Ibiza-Untersuchungsausschuss auf eine Ladungsliste für die Befragungen im Herbst. Am 9. September wird der Ausschussvorsitzende Wolfgang Sobotka als Auskunftsperson befragt.

Sobotka ist Präsident des Alois Mock Instituts, das über Inserate Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic bekommen hat. Novomatic ist ein Hauptinteresse des U-Ausschusses. Dieser soll unter anderem klären, ob Türkis-Blau das Glücksspielgesetz zugunsten des Automatenherstellers ändern wollte. Sobotka hält sich dennoch nicht für befangen und hat die Aufforderungen der Opposition abgelehnt, seinen Ausschussvorsitz abzugeben.

Nun könnte das Alois Mock Institut noch in einem weiteren Verfahrensgegenstand eine Rolle spielen. Konkret geht es um den Wiener Pri-

vatkrankenhaus-Betreiber Walter Grubmüller. Dieser hatte über Jahre hinweg - erfolglos - versucht, mit seiner Klinik in den Privatkrankenkassen-Finanzierungsfonds (Prikras) aufgenommen zu werden und damit Kassenleistungen verrechnen zu können.

Unterstützung erhielt er schließlich in den Koalitionsverhandlungen zwischen Türkis-Blau von seinem langjährigen Freund Heinz-Christian Strache. "Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Privatklinik endlich fair behandelt wird?", fragte Strache bei Grubmüller im Oktober 2017 per SMS nach. Die Regierung stockte den Prikras dann tatsächlich auf, Grubmüllers Privatklinik durfte Leistungen verrechnen.

Einige Jahre vor Straches Intervention hatte sich schon ein anderer Mann für Grubmüllers Anliegen starkgemacht: Herbert Vytiska, lang-

jähriger Pressesprecher von Alois Mock. Der PR-Berater Vytiska, der im Juni 2020 verstorben ist, lobbiierte unter anderem bei Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl für Grubmüller.

Um die ÖVP günstig zu stimmen, soll Vytiska einen Vorschlag gemacht haben: Grubmüller möge an parteinahe Institutionen spenden. Das sagt jedenfalls Helmut Grubmüller, der Bruder und Rechtsanwalt des Klinikbetreibers Walter Grubmüller, dem Falter: "Meinem Bruder wurde eine Liste möglicher Empfänger vorgelegt. Auch an das Alois Mock Institut sollte er eine Spende entrichten. Es gibt dafür auch einen Zeugen, der das vor Gericht aussagen würde."

Walter Grubmüller hat sich nach eigenen Angaben geweigert, an das Alois Mock Institut zu spenden. Er ist am 8. Oktober als Auskunftsperson im U-Ausschuss geladen.

„Wiener Zeitung“, 11.08.2020

70 Soko-Berichte zu Casinos wurden an Korruptionsjäger geliefert

Sechs Kriminalbeamte sind bei Ermittlungen zur Postenvergabe beim Glücksspielkonzern ständig für Korruptionsstaatsanwaltschaft im Einsatz.

Es läppert sich zusammen. Bei den Ermittlungen um möglichen Postenschacher bei der Besetzung von Vorstandsposten beim Glücksspielkonzern Casinos Austria und die etwaige Involvierung des Glücksspielbetreibers Novomatic hat das Sonderkommando der Kriminalpolizei (Soko) innerhalb eines Jahres 70 Berichte an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft abgeliefert. Die Untersuchungen laufen im Zusammenhang um etwaige Zugeständnisse der FPÖ während der türkis-blauen Regierungszeit im Gegenzug zur Bestellung von Ex-FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo zum Casinos-Vorstand. In der Causa

Casinos wurden diese Berichte mit Daten und Datenträgern an die Korruptionsjäger übermittelt, wie Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) jetzt in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der FPÖ mitteilt.

Es geht um etwaige Einflussnahme auf Gesetze

Der Vorwurf, der in Zusammenhang mit dieser Causa im Raum steht, lautet, dass von FPÖ-Seite der Novomatic Änderungen des Glücksspielgesetzes im Falle der Bestellung Sidlos zum Casinos-Vorstandsmitglied in Aussicht gestellt worden sein sollen. Die FPÖ und ihr Ex-Obmann Heinz-Chris-

tian Strache haben das stets vehement bestritten, es gilt die Unschuldsumutung. Auch der jetzige FPÖ-Obmann Norbert Hofer hat mehrfach betont, über derartige Absprachen als ehemaliger Koalitionskoordinator der türkis-blauen Bundesregierung nicht informiert gewesen zu sein.

Das Sonderkommando der Kriminalpolizei hat die 70 Berichte im Zeitraum von 27. Juni des Vorjahres bis 1. Juli dieses Jahres an die Korruptionsstaatsanwaltschaft abgeliefert. Im Fall der Casinos Austria und der Novomatic arbeiten regelmäßig sechs Beamte des Sonderkommandos für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsan-

waltschaft. Insgesamt sind 15 Beamte beim Sonderkommando im Einsatz, die sich auch mit dem Ibiza-Video, das Ex-FPÖ-Chef Strache und Ex-FPÖ-Klubobmann John Gudenus zeigt und im Mai 2019 mit einem Knall das Ende der ÖVP-FPÖ-Koalition herbeigeführt hat, beschäftigt.

Innenminister erläutert Medienarbeit

Die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschuss von SPÖ und Neos zum Ibiza-Video, auf dem Strache unter anderem der vermeintlichen Oligarchen-Nichte Bundesaufträge im Falle einer FPÖ-Regierungsbeteili-

gung in Aussicht gestellt hat, sind empört, weil das gesamte Videomaterial dem Ausschuss bisher nicht zur Verfügung gestellt wurde. Die Ausschussmitglieder sollen nur ein teilweise geschwärztes Material erhalten. Im Mai ist bekannt geworden, dass die Soko im Besitz des Videos ist. Justizministerin Alma Zadic hat von diesem Umstand erst im Nachhinein erfahren. Innenminister Nehammer betont in der Antwort auf die parlamentarische Anfrage, dass die Medienarbeit zum Ibiza-Video mit ihm akkordiert gewesen sei und im Einvernehmen mit der für das Video zuständigen Staatsanwaltschaft Wien erfolgt sei. ■ (ett)

„Automatenmarkt“, August 2020

Zweitwertvollstes Unternehmen

Zum 17. Mal wurden am 1. Juli die wertvollsten österreichischen Markenunternehmen im Rahmen der Österreichischen Markenwert Studie 2020 gekürt. Novomatic konnte in diesem Ranking erstmals Rang Zwei belegen und rangiert nunmehr direkt hinter dem unumstrittenen Sieger Red Bull und vor der renommierten Marke Swarovski. Die Markenwertsteigerung auf 3,545 Milliarden Euro bestätigte die gezielte Zwei-Marken-Strategie mit den Marken Novomatic im B2B-Bereich und Admiral für die B2C-Aktivitäten. Prestigeträchtige internationale Auszeichnungen wie etwa als „Casino Supplier of the Year“ bei den Global Gaming Awards 2020 oder der British Casino Award 2020 für die „Best UK Slot Machine“ sowie zahlreiche internationale Zertifizierungen in regulierten Glücksspielmärkten runden das Bild ab. Europas größter Gaming-Technologiekonzern beschäftigt aktuell rund 30 000 Mitarbeiter in über 70 Ländern.

